

Umfragen als Gefühlserhebung

Demokratie in Zeiten der Grausamkeit. Oder wie Umfragen und mediale Diskussionen das System in eine genormte Gurke verwandeln.

Von Regula Stämpfli

Von Freunden kenn ich die Erzählungen, wie sie mit ihrem Vater jeweils sonntags entweder zur Kirche oder zur Urne gingen. Diese Sinnlichkeit einer Welt, in welcher Werte geübt und Demokratie gelebt werden kann, war schon in meiner Generation eher die Ausnahme. Der Glaube wanderte aus der Kirche direkt in die Labore. Die Politik wurde vom Schwert- oder Handheben, von der Urne in den Briefkasten bis ins elektronische „gefällt mir“, „gefällt mir nicht“ verlegt. Die Information wandelte sich vom Marktklatsch in die Gazetten und Zeitungen, dann in das Politainment von TV. Wer hätte je während den kritischen TV-Konsum-Diskussionen in den 1980er Jahren daran gedacht, dass ausgerechnet das Fernsehen im Rückblick als beschaulich und informativ bezeichnet werden würde? Angesichts der heutigen, rechnerisch und auf Sekundentakt festgelegten Kommunikation wirken die alten TV-Diskussionen fast wie eine antike Polis, in welcher Politik diskutiert und nicht wie heute nach Skandalen vermessen wird. Seit ein paar Jahren ist das Wohnzimmer den Versammlungsorten in den Social Media gewichen – die nicht mehr Quoten, dafür klaren vorgegebenen Datenkonstruktionen gehorchen. Schlecht ist das alles lange noch nicht, wenn wir angesichts der Datenfülle nicht aufgeben darüber kritisch nachzudenken, was diese Formen mit Demokratie und politischer Urteilskraft alles anstellen.

Wann haben Sie zum letztenmal eine Parlamentsdebatte verfolgt, in einer Zeitung gelesen oder am Fernsehen gesehen? Richtig. Es muss mindestens 20 Jahre her sein. Wenn es hochkommt, haben Sie 20 Sekunden-Statements ihrer politischen Repräsentanten gehört. Wie oft gab es in den letzten 20 Jahren De-

batten unter spannenden Menschen zu gesellschaftlich und politisch relevanten Fragen? Interviews mit Intellektuellen zu den unterschiedlichsten Themen? Wöchentliche Medienkritik?

Die „Tyrannei der Intimität“ von Richard Sennett hat sich schon längst in die Politik verlagert. Aufgrund des medialen Kurzfutters- und Primeurprogrammes, verbunden mit einem Kategoriendenken, das aus der Wissenschaft gefördert und mit den Umfragen regelrecht unter die Haut gespritzt wird, ist nicht mehr das Handeln einer Politikerin gefragt, sondern ihr projizierter „Charakter“. Zudem verfolgen auch die öffentlich-rechtlichen Medien nicht mehr ihren eigentlichen Auftrag, sondern orientieren sich nach einer willkürlich zusammengesetzten Quote. Quantität ersetzt so sofort die Qualität. Nicht nur die Demokratie wird mittlerweile derart vermessen, sondern alle menschlichen Kommunikationsformen. Doch beim Wegfall der Vielfalt, was Menschen und Demokratie außerhalb der Quantität sind, wandelt sich unser ganzes System hin zu einer normierten Gurke. Es findet eine Umkehr von repräsentativ zu identitär, von Argument zu Körper, von Fakten zu privaten Meinungen, von Urteilskraft zu Umfragestärke statt, wie dies selbst die kühnsten Modernisierungskritiker nie prognostiziert hätten. Umfragen und Google verhalten sich identisch: nicht die unterschiedlichen Facetten eines Themas, der Haltungen, einer Person, einer Partei etc. werden gespiegelt, sondern die in den vorgegebenen Kategorien erhobenen Häufigkeiten. Das hat mit Wahrheit oder kritischer Auseinandersetzung kaum noch was zu tun. So wird Demokratie wie in einem Gesundheitsbarometer vermessen. Demokratie ist in der medialen Diskussion über Umfragen zu einem Laborversuch degradiert. Es werden Kategorien „links“, „rechts“, „Frau“, „konservativ“, „sozialdemokratisch“, „alt“, „jung“ gemischt, erprobt, gemessen und dann je nach Gusto der Laborversuchsträger, d.h. der bestehenden Macht- und Geldverteilung entsprechend rapportiert.

Wahlumfragen, d.h. Statistiken über in Umfragen erhobene Präferenzen entscheiden dann über „gefällt mir, gefällt mir nicht“ einer Politikerin oder eines Politikers. Mit der ursprünglichen Gestaltungsmacht, wie sie Wahlen in einer klassischen bürgerlichen Demokratie noch darstellten, hat diese Art von politischen Diskurs wenig bis nichts mehr zu tun. Die Demoskopie-Demokratie lässt keine Reflektion über die Frage der Erhebungsmethoden, des sogenannten Faktischen und der diskursiven Kritik zu. Die Möglichkeitsbedingungen deliberativer, ursprünglich politischer und nicht persönlicher Kriterien sind durch Umfragen auf unpolitische Kategorien festgelegt. Umfragen erheben den Beliebtheitswert einer Partei oder einer Politikerin. Sie sprechen keine Inhalte, sondern widerspiegeln ein wie auch immer erhobenes „Gefühl“. Die Fähigkeit, aber auch der Mut zu einer Kritik an den herrschenden Zuständen wird durch die Wahlvermessung außer Kraft gesetzt. Mit Demokratie haben Umfragen

ungefähr ebensoviel zu tun wie die Beschaffenheit einer Mundorgel mit der Poesie einer Mozartsymphonie.

Für die Demokratie ist die umschleichende Zärtlichkeit der Hermeneutik geradezu Lebenselixier. Fehlt sie, mutieren Menschen schneller als sie „1,2,3“ rufen können, zur Kategorie, die - je nach Mode - entsorgt werden kann. Hannah Arendt nennt dies den Verlust der Welt. Sie meint damit den Verlust der realen, sinnlich erfahrbaren Welt, die zugunsten einer rational herleitbaren Welt wegdefiniert wird. Einer meiner Lieblingspassagen in ihrer Vita activa lautet: „Menschen sind nur darum zur Politik begabte Wesen, weil sie mit Sprache begabte Wesen sind. Wären wir töricht genug, auf die von allen Seiten neuerdings erteilten Ratschläge zu hören und uns dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaften anzupassen, so bliebe uns nichts anderes übrig, als auf das Sprechen überhaupt zu verzichten. Denn die Wissenschaften reden heute in einer mathematischen Symbolsprache, die ursprünglich nur als Abkürzung für Gesprochenes gemeint war, sich aber hiervon längst emanzipiert hat und aus Formeln besteht, die sich auf keine Weise zurück in Gesprochenes verwandeln lassen. Die Wissenschaftler leben also bereits in einer sprach-losen Welt, aus der sie qua Wissenschaftler nicht mehr herausfinden. Und dieser Tatbestand muss, was politische Urteilsfähigkeit betrifft, ein gewisses Misstrauen erregen.“ (S.11)

Die neoliberale Rede von der Komplexität von Zusammenhängen wird in Umfragen uns allen quasi ins Fleisch geschrieben. Umfragen sind klassische Ontologisierung- und Naturalisierungsinstrumente. Bourdieu nannte dies „symbolische Gewalt“. So meinen Menschen, via Umfragen tatsächlich einen Maßstab für die herrschende Politik und das Bild sowie die Werte in der Demokratie vermittelt zu bekommen, wenn sie in Tat und Wahrheit nur eine Wiederholung von Verhältnissen, Herrschaft und Sachlogiken präsentiert kriegen, ohne auch nur ansatzweise die Möglichkeit einer Kritik ebendieser unabänderlich scheinenden Ordnung. Umfragen sind im wahrsten Sinne immer alternativlos. Die klassische Idee von Foucault, das nichts so sein muss, wie es ist und alles auch anders sein könnte, wird in der Umfragedemokratie in ihr Gegenteil verkehrt. Alles ist so wie es ist und es soll auch so bleiben.



Regula Stämpfli, 51, ist Politologin und lebt in München. Sie schreibt eine wöchentliche Kolumne für „Blick“. Ihr jüngstes Buch hat den Titel „Die Vermessung der Frau“

Illustration: Michael Rullmann



Partizipation gegen die Erschöpfung

Ein begriffsgeschichtliches Lehrstück zur Belebung der Politik

Von Volker Gerhardt

1. Ein neues Konzept? Manche für die Sphäre des Politischen elementaren Begriffe wie Demokratie, Repräsentation oder Konstitution machen derzeit den Eindruck als seien sie erschöpft. Das ist alarmierend für jeden, der überzeugt ist, dass wir vielleicht auf die Wörter verzichten können – sofern sich dafür neue, stärker motivierende und mobilisierende Ausdrücke anbieten. Aber die Sache der Demokratie wird doch im Ernst niemand aufgeben wollen, es sei denn er möchte um jeden Preis vergessen, was Diktaturen und totalitäre Systeme in der Geschichte der Menschheit angerichtet haben.

Auch die Repräsentation ist unverzichtbar, steckt sie doch bereits im Begriff eines jeden Bürgers, der für seine eigenen Interessen spricht. Schon der Einzelne wäre weder lebens- noch handlungsfähig, wenn es keine Vertretung seiner Person und seiner Interessen gäbe. Wenn er unmündig ist, muss jemand für ihn sprechen, wenn er krank ist, muss ein anderer für ihn sorgen; und selbst wenn er sich als sich selbst bestimmendes, autonomes Individuum auf der Höhe seiner Kräfte versteht, kann er nicht alles selber machen. In der Politik sollte das offenkundig sein, denn die Vielzahl der von ihr verlangten Leistungen geht gegen unendlich.

Nicht anders ist es mit der Konstitution, deren Begriff nicht notwendig an die Tatsache einer geschriebenen Verfassung gebunden ist. Sie meint zunächst und vor allem die Tatsache einer rechtlichen Ordnung, die verlässlich und somit auch berechenbar sein muss, wenn man auch nur ein Minimum an